

NACHRICHTEN

AN SCHLAG IN THAILAND

„Gelbhemden“-Führer verletzt

BANGKOK *afp* | Der Gründer der thailändischen „Gelbhemden“-Bewegung, die 2008 maßgeblich zum Sturz der Regierung beigetragen hat, ist bei einem Anschlag verletzt worden. Laut Polizei schossen mindestens zwei Angreifer auf Sondhi Limthongkul, als dieser in Bangkok im Auto unterwegs war. Nach einer zweistündigen Operation war Sondhi außer Lebensgefahr, so die Leitung der zuständigen Klinik. Bei dem Anschlag wurden auch der Fahrer und ein Begleiter Sondhis verletzt. Ein Sprecher der von Sondhi gegründeten königstreuen Volksallianz für Demokratie sagte, zwar seien

die Attentäter unbekannt, klar sei aber, dass der Angriff „politisch motiviert“ gewesen sei.



Foto: AP

BOLIVIANISCHE POLIZEI

Drei mutmaßliche Terroristen getötet

LAPAZ | In Bolivien ist laut der Regierung eine Terrorgruppe zerschlagen worden, die Präsident Evo Morales ermorden wollte. Eine Polizeieinheit tötete am Donnerstag in einem Hotel in Santa Cruz drei Mitglieder der mutmaßlichen Terrorzelle. Bei ihnen soll es sich um einen Iren, einen Rumänen und einen Bolivianer handeln. Zwei weitere Männer seien festgenommen worden. Über mögliche Motive wurde zunächst nichts bekannt. Morales bezichtigte die rechte Opposition, für die Ereignisse verantwortlich zu sein. (*dpa*)

OSTAFGHANISTAN

Mindestens zwanzig Tote bei Erdbeben

KABUL | Bei zwei dicht aufeinanderfolgenden Erdbeben sind gestern in Ostafghanistan mindestens 20 Menschen ums Leben gekommen. Wie Präsident Hamid Karsai erklärte, erschütterte das erste Beben mit der Stärke 5,4 die Provinz Nangarhar kurz nach Mitternacht. Wenige Stunden später habe es in der Region im Hindukusch-Gebirge ein Nachbeben mit der Stärke 5,1 gegeben. Mindestens 50 weitere Menschen seien durch herabstürzende Trümmer verletzt worden. Rettungskräfte suchten nach weiteren Opfern, hieß es. (*afp*)

HÄFTLING IM US-STAAT ARIZONA

Nach 20 Jahren in der Todeszelle exekutiert

WASHINGTON | Nach fast 20 Jahren in der Todeszelle ist im US-Bundesstaat Alabama ein verurteilter Mörder hingerichtet worden. Der 49-jährige Jimmy Lee Dill erhielt am Donnerstagabend eine Giftspritze. Der Afroamerikaner Dill hatte 1988 einen Dealer beraubt und dann getötet und war 1989 deswegen zum Tode verurteilt worden. Dill hatte mehrfach Beschwerde gegen das Urteil eingelegt und insbesondere geltend gemacht, dass er die juristischen Ausführungen des Gerichts nicht vollständig verstanden habe. (*afp*)

SPANISCHES BERGBAUGEBIET

Kundgebung gegen König Juan Carlos

OVIEDO *dpa* | Spanische Antimonarchisten haben gegen einen Besuch von König Juan Carlos in einem Bergbaugbiet in Asturien protestiert. Bei der Ankunft des Monarchen in Langreo schwenkten Demonstranten Flaggen der II. Republik (1931-1939) und spielten über Lautsprecher die republikanische Hymne ab. Der König hatte in dem Kohlerevier ein Fortbildungszentrum des Bergbaukonzerns Hunosa besucht. Der Parteichef der Vereinten Linken, Cayo Lara, forderte Juan Carlos kürzlich zum Abdanken auf.

# Straffreiheit für Folterknechte

## CIA-PAPIERE US-Präsident Barack Obama veröffentlicht Folterdokumente

VON RALF LEONHARD

BERLIN | Applaus und Empörung erntete US-Präsident Barack Obama, als er am Donnerstag bis dahin geheime Memoranda freigab, in denen die Foltermethoden der CIA detailliert vorgegeben werden. Gleichzeitig garantierte er allen, die diese „harten Verhörmethoden“ bei Verdächtigen angewandt haben, Straffreiheit. Die Geheimdienstagenten, so Obama in einer Mitteilung, arbeiteten „mutig an den Frontlinien einer gefährlichen Welt“. Ihre Identität müsse weiterhin geschützt werden.

Die Veröffentlichung der einst von George W. Bush bestellten Memoranda war von der Bürgerrechtsvereinigung American Civil Liberties Union (AcLU) gerichtlich erzwungen worden. Einige der 14 darin beschriebenen Verhörtechniken werden von Obama-Mitarbeitern, etwa Oberstaatsanwalt Eric H. Holder, dezidiert als Folter eingestuft.

Die umstrittenen Memoranda bestätigen einen Bericht des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, der auf der Grundlage von Aussagen entlassener Gefangener eine Reihe von gängigen Foltermethoden auflistet. Schlafentzug und eisiges Wasser auf den nackten Körper sind noch die harmloseren Techniken. Die Memoranda sind Rechtsgutachten, die infolge von 9/11 in den Jahren 2002 und 2005 vom Rechtsberatungsbüro des Justizministeriums in Washington erstellt wurden. Das erste beschreibt die zugelassenen Verhörmethoden, die anderen drei bestätigen, dass die Anwendung der umstrittenen Techniken immer noch legal sei, und bemühen sich dabei, die Vereinbarkeit mit dem Völkerrecht und dem nationalen Strafrecht zu konstruieren. Dass das Zuziehen von Medizinern empfohlen wird, deutet aber darauf hin, dass auch die Bush-Experten ihre Zweifel hatten. So wird festge-



Historisch: Obama vor der Unterschrift unter die Schließungsanordnung für Guantánamo, 22. Januar Foto: Reuters

halten, dass die Verhörexperten nicht zwischen verstockten Terroristen unterscheiden könnten, die Auskunft verweigern, und jenen, die schlicht keine Informationen preisgeben haben. Ein Problem, das schon bei der heiligen Inquisition erkannt wurde.

Wie die *New York Times* am Donnerstag berichtete, sei das gefürchtete „Waterboarding“ nicht nur in der erlaubten sanfteren Form mit wenig Wasser

praktiziert worden, sondern auch in einer nicht ausdrücklich genehmigten Variante, bei der der Gefangene mit großen Wassermengen traktiert und fast ertränkt wird. Eine besonders infame Methode, die ausdrücklich erlaubt, aber nie verwendet wurde, war speziell für den mutmaßlichen Terroristen Abu Baydah vorgesehen, der Angst vor Insekten hatte. Er hätte in seiner Zelle harmlosen Raupen ausgesetzt werden sollen, von denen

man ihm gesagt hätte, sie hätten giftige Stachel.

Barack Obama sprach von einem „dunklen und schmerzlichen Kapitel“ in der Geschichte seines Landes. Er hatte ja gleich zwei Tage nach seinem Amtsantritt die Gutachten außer Kraft gesetzt und Folter ausdrücklich verboten. Dass er eine Untersuchung gegen die Verantwortlichen ausschließt, sorgte aber bei den Bürger- und Menschenrechtsaktivisten für Empörung.

AcLU-Direktor Anthony Romero forderte eine Untersuchung, da jetzt erwiesen sei, dass die Bush-Regierung „auf höchster Ebene“ Folter genehmigt habe. Unzufrieden ist auch Ex-CIA-Direktor Michael Hayden, allerdings aus anderen Gründen. Er sieht im Folterverbot einen Freibrief für Terroristen. Kurz vor seinem Ausscheiden aus dem Amt im vergangenen Januar hatte er erklärt: „Diese Techniken haben funktioniert.“

## Halbwegs am Ziel der Unsterblichkeit

### Die erste Million Euro ist da!

Damit ist ein wichtiges Etappenziel erreicht: Die Stiftung wird ihre gemeinnützige Arbeit künftig unabhängig von der wirtschaftlichen Lage der taz aus den Vermögenslösen finanzieren können.

Aber bisher reicht das Geld noch nicht, um alle Vorhaben zu verwirklichen. Auf dem Weg in Richtung Unsterblichkeit fehlt noch mindestens eine weitere Million.

**Deshalb:** Machen Sie die Stiftung unsterblich. Stiften Sie jetzt mit Ihrem Geld ein Stück Ewigkeit.

### SPENDEN

taz Panter Stiftung  
GLS-Bank Bochum  
Bankleitzahl 430 609 67  
Konto-Nr. 1 103 715 900

Weitere Infos unter [www.taz.de/stiftung](http://www.taz.de/stiftung)



• Telefon: (0 30) 25 90 22 13  
Die taz Panter Stiftung fördert die taz Akademie und richtet den taz Panter Preis aus.

## Netanjahu neue Forderung

ISRAEL Mit einer trickreichen Kehrtwende stellt die Regierung unerfüllbare Bedingungen für Verhandlungen über einen palästinensischen Staat

VON SILKE MERTINS

JERUSALEM | Der neue israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu erwägt erstmals, über die Gründung eines palästinensischen Staates zu verhandeln. Doch diese prinzipielle Bereitschaft des rechtskonservativen Likud-Chefs, der die Zweistaatenlösung bisher immer abgelehnt hat, ist an nahezu unerfüllbare Bedingungen geknüpft: „Israel erwartet von den Palästinensern, Israel zuerst als jüdischen Staat anzuerkennen, bevor über zwei Staaten für zwei Völker geredet wird“, zitiert einer seiner Berater den Regierungschef nach einem Gespräch mit dem US-Sondergesandten für Nahost, George Mitchell, am Donnerstagabend.

Netanjahu hat damit eine trickreiche Wende vollzogen. Zum einen kommt er den USA und Europa entgegen, die ein Bekenntnis zur Zweistaatenlösung verlangen. Das enge amerikanisch-israelische Verhältnis ist deutlich angespannt.

Zum anderen ist die Forderung nach der Anerkennung Israels als jüdischen Staat eine unüberwindbare Hürde für die Palästinenser. Sie zu erfüllen würde bedeuten, dass sie das Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge in Gebiete des heutigen Israel aufgeben. Dieses Recht ist neben der Jerusalem-Frage der emotionalste und heikelste Streitpunkt im Konflikt mit Israel. Es vorab aufzugeben wäre für jede Palästinenserführung politischer Selbstmord. Bestenfalls könnte ein Kompromiss beim Rückkehrrecht am Ende eines Verhandlungsprozesses stehen, der den Palästinensern in anderen Punkten entgegenkommt. Bisherige Friedenspläne - undwürfe, etwa die Genfer Initiative, sehen vor, dass das Rückkehrrecht eingeschränkt wird und die Israelis im Gegenzug Jerusalem als geteilte Hauptstadt akzeptieren.

Israels umstrittener neuer Außenminister Avigdor Lieberman, der rechtspopulistische Chef der Partei, „Unser Haus Isra-

el“, betonte nach seinen Gesprächen mit Mitchell: Alle bisherigen Ansätze „sind eine Sackgasse“. Nun seien „neue Ideen“ gefragt. Er selbst machte aber keinen Vorschlag, wie neue Wege aussehen könnten. Netanjahu selbst hat im Wahlkampf den Palästinensern lediglich einen „ökonomischen Frieden“ als Alternative angetragen.

Die US-Administration von Präsident Barack Obama hat Israel deutlich gemacht, dass eine Wiederbelebung des Friedensprozesses ganz oben auf der Agenda steht. Obamas Stabschef, Rahm Emanuel, wird von der israelischen Zeitung *Jedioth Achronot* mit den Worten zitiert: „Innerhalb von vier Jahren wird es ein Abkommen zwischen Israel und den Palästinensern geben, egal, wer Ministerpräsident ist.“ Wenn Israel Unterstützung im Kampf gegen das iranische Atomprogramm wolle, dann solle die Regierung erst einmal illegale Siedlungen im Westjordanland räumen. In Israel wird das als Kampfansage verstanden.